

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden  
Bismarckstr. 10  
Telefon: 25241  
Für die Redaktion: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. L. Kurtzeckstr. 22/23

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Korrekturen), bei halbjährlicher 12,00 Mk., einjährlicher 24,00 Mk. Postgebühren (ohne Postzusatzgebühren)  
bei 7mal wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm  
breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt  
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Schmalzeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offerten-  
gebühren 20 Pfg. Anzeigen für Kautschuk oder andere Spezialverträge

Druck u. Verlag: Dieckhoff & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden,  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Freigabe des Dresdner Flughafens

### Wiederaufnahme des regelmäßigen Streckenverkehrs

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung:  
Die zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichsverkehrsministerium geführten langwierigen Verhandlungen über die Aufhebung der vom Reichsverkehrsminister ausgesprochenen Sperrung des Dresdner Flughafens haben zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß der regelmäßige Streckenverkehr sofort wieder aufgenommen werden kann. Luftansa und Norddeutsche Verkehrsfluggesellschaft werden ihn vorerst ausschließlich heute wieder eröffnen. Damit ist den dringendsten Bedürfnissen des Dresdner und des sächsischen Luftverkehrs vorläufig entsprochen worden. Lediglich einige neue Flugzeugmuster werden bis auf weiteres Dresden noch nicht anfliegen können. Die von den zuständigen Stellen geforderten Verbesserungen im Flughafen werden mit möglicher Beschleunigung durch die Flughafenbetriebsgesellschaft in Angriff genommen werden. Es ist zu hoffen, daß der Dresdner Flughafen im Frühjahr 1931 allen Anforderungen entsprechen wird, damit seine Freigabe für alle Flugzeugmuster erfolgen kann.

Die obige Mitteilung wird in der Dresdner Bevölkerung herzlich mit Genugtuung begrüßt werden, denn es ist natürlich auf die Dauer ganz untragbar, daß eine Stadt von der Bedeutung Dresdens längere Zeit von der Teilnahme am Luftverkehr ausgeschlossen bleiben kann. Die Notlandung des großen dreimotorigen Flugzeuges, die sich trotz der Sperrung des Dresdner Flughafens vor einigen Tagen hier ereignete, hat auch deutlich gezeigt, daß die Luftfahrt auf einen Flughafen in Dresden gar nicht verzichten kann, da südlich

der Stadt gebirgiges Gelände beginnt, wo eine Notlandung, wenn sie erforderlich sein sollte, außerordentlich schwierig wäre. Die glatte Landung des erwähnten Flugzeuges mit einem ausgefallenen Motor hat aber auch bewiesen, daß die Mängel des Dresdner Flughafens nicht so groß sind, als daß sie nicht beseitigt werden könnten.

### Junkers baut ein Stratosphärenflugzeug

800 Kilometer Geschwindigkeit in 11 Kilometer Höhe  
Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. Okt. Wie uns vom Berliner Vertreter der Junkerswerke bestätigt wird, sind die Junkerswerke zur Zeit mit der Konstruktion eines sogenannten Stratosphärenflugzeuges beschäftigt, das mit Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gebaut wird. Das neue Flugzeug, das sich bei seinen Fahrten in Höhen von über 11 000 Meter bewegen wird, soll nach den Schätzungen von Fachleuten eine Stunden-geschwindigkeit von 800 Kilometer erreichen können, d. h. also die Strecke von Berlin nach Paris würde künftig in einer Stunde bewältigt werden. Ueber Einzelheiten der neuen Maschine wird zur Zeit noch strenges Stillschweigen bewahrt.

Ferner tragen sich die Junkerswerke mit der Absicht, ein sogenanntes Messerflugzeug zu bauen. Es handelt sich dabei um die Herstellung einer Maschine, die als liegender Ausflugsraum gedacht ist. So hat z. B. die Industrie der niederrheinischen Industriestadt Neuhäfen Gedanken ausgeführt und ein Junkersflugzeug entsprechend ausbauen lassen. Das Flugzeug wird sich jetzt nach seiner Einweihung auf die Reise begeben und in einer Anzahl von Städten landen, um die Wirtschaftsinteressenten mit den Produkten der Neuhäfer Industrie bekanntzumachen.

### Enthüllungen über Amerikas Außenpolitik im Jahre 1916

Newport, 20. Okt. Das Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht jetzt, nachdem der Londoner Flottenpakt sicher-gestellt ist, einen Ergänzungsband zu der bereits herausgegebenen Dokumentensammlung über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Jahre 1916. Der neue Band enthält einen

#### in schärfer Sprache geführten amerikanisch-englischen Notenaustausch

über die Seerechte der neutralen Mächte, so daß eine frühere Veröffentlichung des seit dem 31. Juli 1929 fertigen Bandes die Londoner Verhandlungen vermutlich ungünstig beeinflusst hätte. Ein Fünftel des Bandes behandelt die deutsch-amerikanische Auseinandersetzung über den U-Boot-Krieg. Zum ersten Male wird bekannt, daß Wilson bereits im Frühjahr 1916 an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen dachte, als der französische Kanaldampfer „Suifet“ mit mehreren Amerikanern an Bord am 24. März 1916 torpediert worden war. Washington ließ damals durch den Botschafter in Berlin, Gerard, ankündigen, daß es für den Fall einer weiteren Verschärfung der Beziehungen die amerikanischen Interessen durch die spanische Regierung wahrnehmen lassen werde. Der Zwischenfall wurde durch eine vorübergehende Abschwächung des U-Boot-Krieges beigelegt.

Für Deutschland am interessantesten ist die Enthüllung, daß die deutsche Regierung stets bemüht gewesen sei, Friedensverhandlungen durch Vermittlung Washingtons in die Wege zu leiten.

Die Bemühungen, eine Friedenskonferenz auf neutralem Boden zustandzubringen, scheiterten jedoch an dem Widerstand der Alliierten, besonders Englands und Frankreichs. Die Veröffentlichungen zeigen weiter, daß die deutsche Regierung im Oktober 1916 den jetzigen Präsidenten, der seinerzeit das Flisswerk in Belgien leitete, aufgefordert hat, wegen Friedensverhandlungen bei der Londoner Regierung vorzutreten. Hoover habe jedoch diese Anforderung abgelehnt, was aus einem Schreiben des amerikanischen Botschafters in London, Page, an Staatssekretär Lansing hervorgeht.

## Moratoriumsgerüchte in Newyork

### Schacht besucht Hoover und Mellon

London, 20. Okt. Wie „Times“ unter allem Vorbehalt and unter Hinweis darauf, daß eine Bestätigung nicht zu erwarten sei, aus Washington meldet, soll nach dort umlaufenden Gerüchten von gewissen Kreisen, zu denen in erster Linie

der Sekretär des Schatzamtes, Mellon, der Untersekretär Ogden Mills und der Leiter der Federal Reserve Bank von Newyork, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums für die Schuldensahlungen der früheren Alliierten an die Vereinigten Staaten erörtert werden. Diesem Plan, so berichtet der Korrespondent, würde natürlich nur eine bedingte Bedeutung zukommen und mehr der Frage gelten, ob ein solcher Entwurf überhaupt später einmal den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden könne, als daß die in ihm vorgesehene Regelung in Augenblick schon Anwendungen finden könnten. Aber die kaum mehr als theoretische Bereitschaft der amerikanischen Regierung, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, müßte allein schon alle diesbezüglichen Ermutigen, die von der Notwendigkeit einer entschlossenen Aktion seitens der Vereinigten Staaten in einer nicht allzu ferneren Zukunft überzeugt sind.

Weiter meldet die „Times“, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht heute den Präsidenten Hoover und den Schatzsekretär Mellon sprechen werde. Der Korrespondent bemerkt dazu, es wäre überraschend, wenn Dr. Schacht in diesen Unterredungen nicht auf das Thema des Moratoriums noch näher einginge.

Einer weiteren Meldung aus amerikanischer Quelle zufolge ist man in maßgeblichen Londoner Finanzkreisen davon überzeugt, daß die britische Regierung keineswegs überrascht sein würde, falls die deutsche Regierung in naher Zukunft in London Forderungen ausstrecken würde hinsichtlich der britischen Forderung angesichts einer deutschen Forderung auf Gewährung eines Moratoriums für die Youngzahlungen.

### Senkung der Verkehrssteuern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. Okt. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag und dem Steuerauschuß des Reichstags den Entwurf einer Verordnung zur Senkung der Verkehrssteuern mit Begründung vorlegen lassen. Die Verordnung soll rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft gesetzt werden. Sie stellt den ersten Schritt zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung dar, und zwar schlägt die Reichsregierung eine Senkung der Verkehrssteuern derart vor, daß der Satz der Gesellschaftsteuer allgemein 2 Proz. bei Vollqualifikationen, Umwandlungen und Sanierungen 1 Proz.,

die Grunderwerbsteuer bei Einbringung von Grundstücken im Betriebe 2 Proz. betragen und die Wertzuwachssteuer in solchen Fällen wegfallen soll. Die Wertpapiersteuer soll künftig, gleichviel ob es sich um inländische oder ausländische Anleihen handelt, einheitlich 1 Proz. betragen.

### Young-Debatte im Außenausschuß

Berlin, 20. Okt. Im Reichstag tritt heute nachmittags unter dem Vorsitz des Abg. Fried. (Nat.-Soz.) der Auswärtige Ausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Aussprache über die Genfer Völkerbundsverhandlungen, ferner sind die dem Ausschuß übermiesenen Anträge, die sich auf dem Youngplan beschäftigen, auf die Tagesordnung gesetzt worden. Es handelt sich um den kommunistischen Antrag, alle Zahlungen mit sofortiger Einwirkung einzustellen, um den Antrag der Nationalsozialisten, unverzüglich die nötigen Schritte zur Aufhebung des Versailler Vertrags und der Tributverträge zu unternehmen, um den Antrag der Christlich-sozialen, baldmöglichst in Verhandlungen über eine Revision des Youngplans einzutreten, um den Antrag des Landvolks, die im Youngplan vorgesehenen Schutz- und Revisionsmöglichkeiten sofort zu ergreifen und darüber hinaus die völlige Befreiung der Reparationslasten mit größtem Nachdruck in Angriff zu nehmen.

### Bräuning besucht die württembergische Regierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 20. Okt. Reichsminister Dr. Brüning begibt sich heute nach Stuttgart, um der württembergischen Regierung einen Besuch abzustatten. Morgen findet eine Besprechung mit den Finanzministern von Württemberg, Baden und Oesterreich statt, die den Finanz- und Sanierungsplan der Reichsregierung zum Gegenstand hat und in der die Möglichkeiten eines neuen Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern erörtert werden sollen.

### Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 20. Okt. Die heutigen Verhandlungen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden über das Arbeitszeitabkommen, das bekanntlich von den Gewerkschaften gefordert worden ist, verliefen ergebnislos. Die Gewerkschaften bestanden auf ihrer Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde. Der Zechenverband mußte, wie er erklärt, jede Arbeitszeitverkürzung ablehnen, weil mit ihr eine solche Steigerung der Selbstkosten verbunden sein würde, daß die Lage des Ruhrbergbaues weiter verschlechtert und weitere Entlassungen und Stilllegungen die Folge sein würden. Anfang November wird der Schlichter sich der Frage annehmen.

### Tschechischer Boykott gegen deutsche Heilmittel

Prag, 20. Okt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat die tschechische Kammer der Abgeordneten ein streng vertrauliches Rundschreiben verschickt, in dem die Ärzte aufgefordert werden, aus Deutschland eingeführte pharmazeutische Erzeugnisse so lange zu boykottieren, bis die reichsdeutschen Zeitungen ihre ablehnende Stellung gegenüber tschechischer Kunst und tschechischen Wirtschaftserzeugnissen aufgeben und eine Erklärung veröffentlicht werden, daß die diesbezüglichen Mitteilungen auf Grund unrichtiger Informationen veröffentlicht worden seien. Pflicht eines jeden tschechischen Arztes sei es, die Produktion reichsdeutscher Erzeugnisse einzudämmen und die tschechische Industrie zu unterstützen, um die Tschechoslowakei im Kriegsfall von ihren Nachbarn unabhängig zu machen.

Daß ein Boykott der reichsdeutschen pharmazeutischen Erzeugnisse nur auf Kosten der Verbraucher gehen würde, da die tschechische pharmazeutische Industrie nicht in der Lage ist, gleichwertige Heilmittel herzustellen, scheint die tschechischen Ärzte wenig zu kümmern, ganz abgesehen von den Folgen, die ein eventueller Abwehrkampf von deutscher Seite für die tschechische Wirtschaft haben müßte.

### Wahlen zum Hamburgischen Landesausschuß

Hamburg, 20. Okt. Die gestrigen Wahlen zum Landesausschuß hatten folgendes Ergebnis: Wahlkreis 1 (Bergedorf, Ruzhagen, Gesehacht): Sozialdemokraten 8850 Stimmen, drei Sitze (letzte Wahl 1927 drei Sitze, Reichstagswahl 9796 Stimmen), Kommunisten 2891 Stimmen, ein Sitz (ein Sitz, 2815 Stimmen), Staatspartei 1798 Stimmen, kein Sitz (ein Sitz, 1904 Stimmen), bürgerliche Liste 6861 Stimmen, zwei Sitze (drei Sitze, 6338 Stimmen), Nationalsozialisten 6418 Stimmen, zwei Sitze (1927 keine Stimmen, Reichstagswahl 5428 Stimmen); Wahlkreis 2 (Hamburgische Landgemeinden): Sozialdemokraten 6641 Stimmen, drei Sitze (1927 drei Sitze, Reichstagswahl 7347 Stimmen), Kommunisten 1186 Stimmen, kein Sitz (kein Sitz, 1316 Stimmen), Staatspartei 1439 Stimmen, kein Sitz (ein Sitz, 1258 Stimmen), bürgerliche Liste 5432 Stimmen, zwei Sitze (drei Sitze, 5701 Stimmen), Nationalsozialisten 3805 Stimmen, zwei Sitze (1927 keine Stimmen, Reichstagswahl 5530 Stimmen). Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 74 Prozent.

### 30 Schiffe in China verbrannt

Newyork, 20. Okt. Nach einer Meldung aus Kanton brach in Wutschan in einem Restaurant, das sich auf einem Schiffe befindet, ein Brand aus, der rasch auf andere Schiffe übersprang. 30 chinesische Schiffe wurden zerstört. Hunderte von Chinesen sprangen von den brennenden Fahrzeugen ins Wasser. Ein Teil von ihnen erreichte schwimmend das Ufer, die anderen wurden aus dem Wasser geborgen. Von den Personen, die sich an Bord des Schiffes befanden, wurden 40 vermißt. Man glaubt, daß sie entweder verbrannt oder ertrunken sind.